

## **Kandidaten zur Wahl**

von Dieter Spethmann

Am Sonntag, dem 24. Mai 2009, gab die ARD zu bester Sendezeit einigen deutschen Kandidaten zur bevorstehenden Europawahl das Wort. Eine zu begrüßende Maßnahme, förderte sie doch den Gebrauch unserer Demokratie im Alltag – so es sich bei der Europawahl um „Demokratie“ handelt. Denn der erste Sprecher betonte als erstes, bei der EU handle es sich um keinen Staat und um keine Regierung. Also um was? Und wozu dieses „Parlament“? Diese Konturen wurden nicht sichtbar. Selten ist eine staatliche Sendung zum staatlichen Thema EU so schnell auf den Punkt gekommen, wenn auch durch Unterlassung.

Der deutsche Bürger ist seit eh und je europafreundlich, geht aber immer weniger zur Europawahl. Er weiß immer weniger, welche Ermächtigungen er mit seiner Stimme aus der Hand gibt. Das datiert erkennbar seit dem Maastricht-Vertrag (1992), der der EU-Kommission das Recht eröffnete, sich kraft ihres „Initiativmonopols“ buchstäblich jedes Themas anzunehmen, das einem der 27 „Kommissare“ oder einem ihrer „Eurokraten“ (inzwischen über 40.000) in den Sinn kommt. Wo immer sie will, treibt die Kommission die Mitgliedstaaten vor sich her, weil diese sich gegen so viel Amtseifer schon aus Gründen ihrer begrenzten personellen Möglichkeiten nicht wehren können.

Die Zweifel des deutschen Bürgers sind berechtigt. Stichwort: „Amtlicher Krümmungswinkel der Gurke.“ Oder: „Wie viel Salz der Bäcker ins Brot geben darf, bestimmt die EU.“ Oder: „Afrikanische Bootsflüchtlinge müssen über alle EU-Länder verteilt und in Deutschland nach Hartz IV behandelt werden.“ Andererseits glänzte die EU in Sachen Weltfinanzkrise durch Abwesenheit. Sie hätte den EU-Bürger wirksam schützen können und sollen, indem sie sich der Börsenzulassung der „Giftmüllprodukte“ entgegengestellt hätte. Das aber tat sie nicht.

Also muss der deutsche Bürger weiterhin damit rechnen, jederzeit von „Brüssel“ mit beliebigen politischen Initiativen überfallen zu werden, so jüngst mit Konzepten zum Thema CO2. Da er ahnt, dass er den Löwenanteil der Doppelveranstaltung EU/Euro finanziert, ist seine Skepsis umso begründeter.

Wenn die Europa-Idee in Deutschland wieder Echo finden soll, muss sie neu präsentiert werden. Das kann nur von dem Mitgliedstaaten ausgehen. Die EU-Kommission muss zurückgestutzt werden auf die Geschäftsführung eines Staatenbundes. Jeder Unternehmer weiss, dass es den Teilnehmern eines Kartells an den Kragen geht, wenn die Geschäftsführung das Kommando übernimmt. Unsere Politische Klasse in Berlin sollte das inzwischen auch gelernt haben. Schliesslich geht es beim Doppelsystem EU/Euro sozusagen nebenher darum, dass das Eurosystem Jahr für Jahr bis zu 10% der deutschen Wirtschaftsleistung absaugt und diese Kaufkraft anderen Euro-Ländern zu eigenem Nutz und Frommen überträgt. Das hält keine Volkswirtschaft aus, auch nicht bei noch so viel gutem Willen.

\*\*\*\*\*

Düsseldorf, am 26. Mai 2009